



Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Postfach 76 01 06, D - 22051 Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Nord
Frau Dagmar Wiedemann
Vorsitzende der Bezirksversammlung Hamburg-Nord über
Geschäftsstelle der Bezirksversammlung Hamburg-Nord
Martinistraße 31-33
20251 Hamburg
nachrichtl.: Frau stellvertretende Bezirksamtsleiterin
- Yvonne Nische -

Staatsrätin
Petra Lotzkat

Hamburger Str. 47
D - 22083 Hamburg
Raum 1028
Telefon 040 - 4 28 63 - 2550/51 Zentrale - 0
Telefax 040 - 4 28 63 - 4344
E-Mail: Petra.Lotzkat@basfi.hamburg.de

Hamburg, den 06.12.2018

Nutzung des Grundstücks Loogestraße 20249, Hamburg / Flurstück 3992 im Bezirk Hamburg-Nord, Stadtteil Eppendorf als Standort für die öffentlich-rechtliche Unterbringung

hier: 2. Anhörung der Bezirksversammlung Hamburg-Nord gem. § 28 BezVG
Verlängerung der Nutzungsdauer

Sehr geehrte Frau Wiedemann,

im 1. Anhörungsverfahren zum o.g. Vorhaben gem. § 28 BezVG zur Nutzung des Grundstücks für öffentlich-rechtliche Unterbringung, hat der Hauptausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord in seiner Sitzung am 11.05.2017 Kenntnis genommen.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) möchte Ihnen auf diesem Wege Gelegenheit zur Stellungnahme in Monatsfrist nach § 28 Satz 1 Nr. 9 BezVG zur Verlängerung der im 1. Anhörungsverfahren angegebenen Nutzungsdauer (Festlaufzeit 10 Jahre) des Standortes „**Loogestraße**“ geben.

An dem Standort Loogestraße wird eine Folgeunterkunft mit 104 Plätzen in 2 Gebäuden, (s. Anlage 1) in Massivbauweise errichtet.

Die voraussichtliche Mietdauer wurde mit einer Festlaufzeit von 10 Jahren kalkuliert. Eine bis zum 6. Oktober 2027 befristete Baugenehmigung wurde am 6. Oktober 2017 vom Bezirk erteilt.

Im Zuge der Umsetzungsplanung für die öffentliche Unterbringung, die Eingriffe in den Boden erfordert, hat sich herausgestellt, dass anstelle der ursprünglich geplanten Flachgründung aufgrund der Beschaffenheit des Bodens nun eine Tiefgründung (Pfahlgründung) notwendig ist. Darüber hinaus mussten zusätzliche Schallschutzanforderungen durch den perspektivischen Anstieg des U-Bahnverkehrs berücksichtigt werden.

Infolgedessen sind die ursprünglich geschätzten Baukosten gestiegen. Die gestiegenen Kosten müssen über eine Verlängerung der Vertragslaufzeit amortisiert werden, um die Wirtschaftlichkeit des Standorts zu gewährleisten. Daher soll die Laufzeit des Mietvertrages auf 15 Jahre ab Inbetriebnahme verlängert werden.

Die Inbetriebnahme wird voraussichtlich am 15.10.2019 stattfinden.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) berücksichtigt in ihrer Kapazitätsplanung den Standort Loogestraße mit seiner Inbetriebnahme im Oktober 2019. Ende 2019 stehen 32.500 Plätze für die öffentliche Unterbringung zur Verfügung. Bereits im Jahr 2019 muss der Rückbau bzw. die Umwandlung von Einrichtungen eingeleitet werden, da an Standorten der Perspektive Wohnen (z.B. am Poppenbütteler Berg oder am Mittleren Landweg), Wohnungen, die bisher für die öffentlich-rechtliche Unterbringung genutzt werden, dem allgemeinen Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden und weitere Standorte für den Wohnungsbau frei gemacht werden müssen. Dazu zählen z.B. die Einrichtung Flughafenstr 89 im Bezirk Wandsbek. oder der Standort Kirchenpauerstr. im Baakenhafen in der Hafencity. Damit wird zugleich der Forderung der sogenannten Bürgerverträge (Drs. 21/5231) nach kleineren und besser verteilten Einrichtungen entsprochen. Daher stehen Ende 2020 nach derzeitigem Planungsstand rd. nur noch rd. 29.900 Plätze in der öffentlichen Unterbringung zur Verfügung. Diese rd. 29.900 Plätze sind bei den prognostizierten Zugangsparemtern gerade auskömmlich.

Bisher gibt es keine öffentliche Unterbringung im Stadtteil Eppendorf. Nicht nur in den Bürgerverträgen, sondern auch im Sinne des Verständnisses vieler Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil sollen Flüchtlinge gleichmäßiger und gerechter in möglichst kleinen Folgeunterbringungen untergebracht werden.

Durch den Standort für öffentliche Unterbringung Loogestraße im Stadtteil Eppendorf im Bezirk Nord wird die gleichmäßigere Verteilung von Unterkunftsplätzen gefördert und ein integrativer Beitrag geleistet.

Mit freundlichen Grüßen

Lotzkat

Anlage 1

